



Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina

Nein zum Frontex-Gesetz

Dass Solidarität und der Schutz der Grundrechte zentrale europäische Werte sein können, zeigt sich angesichts der Reaktion auf den schrecklichen Krieg in der Ukraine. Zu diesen Grundrechten, die für Flüchtlinge aus allen Ländern gelten, gehört eine wohlwollende Aufnahme und das Recht, ein Asylgesuch zu stellen.

Seit vielen Jahren besteht die europäische Migrationspolitik vor allem in der Abwehr von Menschen auf der Flucht, und die Grenzschutzagentur Frontex spielt dabei eine wichtige Rolle. Mit unglaublicher Gleichgültigkeit nehmen wir zur Kenntnis und in Kauf, dass zehntausende von Flüchtlingen im Mittelmeer ertrinken, dass sie auf ihrem Weg erfrieren, dass sie in libyschen Gefängnissen Leid, Folter und Tod ausgeliefert sind. Am 15. Mai wird über eine Erhöhung des Schweizer Beitrags zu Frontex von 14 Millionen auf 61 Millionen Franken pro Jahr bis 2027 abgestimmt.

Frontex wurde 2005 in Polen gegründet. Ihr Jahresbudget betrug zu Beginn 6 Millionen Euro, jetzt soll es auf 6 Milliarden Euro aufgestockt werden.. Zu den Aufgaben von Frontex gehört u.a. die Vermittlung von technischem und strategischem Wissen an lokale Grenzschutzbehörden, die Rückführung illegalisierter Flüchtlinge und damit die Teilhabe an illegalen Pushbacks sowie die Durchführung von Ausschaffungen in der gesamten EU. Frontex kooperiert auch nachgewiesener Weise mit der libyschen Küstenwache, welche Flüchtlingsboote abfängt und sie gewaltsam nach Libyen zurückschafft.

Die Aktivitäten von Frontex entsprechen in keiner Weise einer Flüchtlingspolitik, die mit einer humanitären Tradition, mit der wir uns in der Schweiz gerne brüsten, vereinbar ist. Was es braucht sind sichere Fluchtwege und die Möglichkeit, legal und sicher Anträge auf Asyl und Aufnahme zu stellen.

Dass die Flüchtlingspolitik der Schweiz gegenüber Jüdinnen und Juden schändlich und verheerend war, darüber besteht, mehr als 80 Jahre später, ein breiter Konsens. Als Jüdische Stimme treten wir dafür ein, dass es nicht «nie wieder gegen uns» sondern «nie wieder» heissen muss. Dass eine Migrationspolitik, derer wir uns nicht schämen müssen, im Verständnis für Fluchtgründe und nicht in der Perfektionierung der Abschottung besteht.

Schweizerische Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina

www.jvjp.ch